

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 840

Mittwoch, 29. Oktober 2025

32. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

<i>81 Jahre nach der Oktober-Revolution: Die Erinnerung geht auf die Strasse.....</i>	<i>1</i>
<i>Das Sechste Treffen der Indigenen Völker betont: Der Kampf für die Ökosysteme geht weiter.....</i>	<i>2</i>
<i>Eine (neo-)liberale Sicht auf Energieprojekte: Interview mit einer ex-Ministerin.....</i>	<i>3</i>
<i>Auf dem Weg zur Präsidentschaft: Die neue Partei SERVIR von Carlos Pineda.....</i>	<i>5</i>
<i>Nach dem Ausbruch von 20 Barrio 18-Mitgliedern: Neue Führungsriege im Innenministerium.....</i>	<i>6</i>

81 Jahre nach der Oktober-Revolution: Die Erinnerung geht auf die Strasse

Guatemala, 20. Oktober - Am 81. Jahrestag der Revolution vom 20. Oktober 1944 füllten sich die Straßen von Guatemala-Stadt erneut mit Parolen, Fahnen und roten Nelken. Rund 2.000 Menschen, Mitglieder sozialer Organisationen, Gewerkschaften und Studierendengruppen, zogen vom Trébol zur Plaza de la Constitución, um an jene Volksbewegung zu erinnern, die den Beginn des sogenannten demokratischen Frühlings markierte, einer Zeit, die das politische und gesellschaftliche Leben des Landes veränderte.

In diesen Jahren trieb die Revolutionäre Regierungsjunta zusammen mit den Regierungen von Juan José Arévalo und Jacobo Árbenz Guzmán tiefgreifende Veränderungen voran: die Verabschiedung des Arbeitsgesetzbuches, die Autonomie der Universitäten, die Gewerkschaftsfreiheit und die Agrarreform. Es war ein Prozess, der den Arbeiter*innen, Bäuer*innen und Studierenden Würde verlieh und darauf abzielte, Raum für soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Im Jahr 1954 jedoch stürzte eine von der US-amerikanischen Central Intelligence Agency organisierte Militärintervention die Regierung von Árbenz und beendete diesen demokratischen Traum gewaltsam.

Die Erinnerung an diesen historischen Prozess begleitete den Marsch auch in diesem Jahr. „Das guatemalteckische Volk geht auf die Strasse, um an diese Heldentat zu erinnern, die 1944 einen grundlegenden Wandel herbeiführte“, erklärte der Wissenschaftler Factor Méndez und erinnerte an das revolutionäre Erbe von Arévalo und Árbenz und die Notwendigkeit, es am Leben zu erhalten.

Auf den Transparenten wurde an die Märtyrer*innen aus Politik und Gewerkschaft erinnert, die wegen ihrer politischen Arbeit verfolgt oder ermordet wurden. Zudem wurde die Freilassung politischer Gefangener wie Jose Rubén Zamora, Luis Pacheco und Héctor Chacón gefordert und die Staatsanwaltschaft, die Richter*innen des Verfassungsgerichts und der CACIF als Symbole für den Rückschritt der Demokratie und die Straflosigkeit angeprangert.

Während des Marsches erinnerten Studierende der AEU Oliverio Castañeda de León an die Errungenschaften der Revolution, insbesondere an die Erlangung der Autonomie der Universität, die heute durch institutionelle Korruption bedroht sei. Trotz Kriminalisierung und Drohungen fordern sie weiterhin die Achtung der Autonomie der Universität. Die Studierenden der Universität San Carlos marschierten, um den 81. Jahrestag der Revolution von 1944 zu feiern und die Kriminalisierung indigener Autoritäten, Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen anzuprangern. Ein verummter Student von San Carlos mit dem Spitznamen Pelusa erklärte: „Wir wollen nicht, dass die Geschichte stirbt, und nicht, dass sich die Geschichte wiederholt“. Daher müssten sie dafür sorgen, dass das ganze Volk die Geschichte unseres Landes kennt, um wieder einen Zusammenhalt zu schaffen, fügte er hinzu.

Der bildende Künstler Mauro Osorio bezeichnete seine Teilnahme als einen Akt des Bewusstseins und der Erinnerung: „Wir glauben, dass es von grundlegender Bedeutung ist, die Werte, die eine revolutionäre Bewegung hervorgebracht haben, aufrechtzuerhalten. Es reicht nicht aus, das System um Gefälligkeiten zu bitten, man muss es verändern.“

Präsident Bernardo Arévalo nahm an der Veranstaltung teil und sagte in seiner Rede, dass dies ein Tag sei, um über einen entscheidenden Moment in der Geschichte Guatemalas nachzudenken. Er wies darauf hin, dass der Platz der Verfassung Schauplatz verschiedener „Kämpfe“ im Streben nach Würde für das guatemaltekeische Volk gewesen sei. Er betonte, dass das Wort Revolution „Unzufriedenheit mit Ungerechtigkeit und Gewalt und die Fähigkeit, über das Unmittelbare hinauszublicken“ bedeute, und bezeichnete sie als „bedeutsames Ereignis“. „So wie die Revolutionäre im Oktober beschlossen, die Diktatur zu brechen und ihren zermürbenden Auswirkungen entgegenzuwirken, so geben wir Guatemalte*innen heute nicht auf, unter dem Joch der Korruption und Straflosigkeit zu leben. Wir leisten Widerstand, wir überwinden sie“, erklärte Arévalo und fügte hinzu, dass die Entscheidungen, die heute als Regierung getroffen werden, Auswirkungen für die Zukunft haben werden. In seiner Ansprache erinnerte der Präsident an einige Errungenschaften der Revolution von 1944: die Reformen im Bildungswesen, in der Landwirtschaft und in der Sozialversicherung. Er wies darauf hin, dass „Revolutionen Augenblicke [sind], die den Lauf der Geschichte verändern“, und erwähnte die Proteste von 2015, 2020 und 2023. „Die Trägheit des Schweigens und der Resignation, die wir scheinbar weiterverfolgt haben, ist gebrochen und versetzt uns in eine Zeit, in der Straflosigkeit und Korruption nicht mehr akzeptabel sind“, erklärte er. Er fügte hinzu, dass die demokratische Regierung das Mittel sei, mit dem das Volk gemeinsam auf Freiheit und Harmonie zusteure. Arévalo warnte, dass die Feinde der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Demokratie „da sind“ und versuchen, die Institutionen zum persönlichen und nicht zum kollektiven Vorteil zu kontrollieren. „Um sie in den Dienst der Korruption zu stellen, gehen sie Pakte mit dem Drogenhandel und dem organisierten Verbrechen ein, verfolgen Journalist*innen, kriminalisieren traditionelle Autoritäten und versuchen, die Demokratie zu destabilisieren“, erklärte er. Die Gedenkfeier endete mit einem Konzert des Nationalen Symphonieorchesters auf der Platz der Verfassung.

In Quetzaltenango zogen Organisationen wie die UTQ, die traditionellen Autoritäten von Olinpeque, die Sektoren des Westens und die Kollektive der CUNOC der Universität San Carlos de Guatemala durch die Strassen bis zum Parque Central und bekräftigten, dass die Revolution von 1944 nicht nur eine Erinnerung sei, sondern ein lebendiger Kampf für soziale Gerechtigkeit und Demokratie.

81 Jahre später hallt der Geist von 1944 noch immer in den Strassen des Landes nach. Die Stimmen, die Trommeln und die roten Nelken erinnerten daran, dass die Geschichte der Revolution weiterhin in jenen weiterlebt, die sich weigern zu vergessen. (Prensa Comunitaria / Prensa Libre)

Das Sechste Treffen der Indigenen Völker betont: Der Kampf für die Ökosysteme geht weiter

Camotán, Chiquimula, 20. Oktober - Zwischen dem Rauch des Copal-Weihrauchs und dem Klang der Trommeln endete der letzte Tag des Sechsten Nationalen Treffens der Indigenen Völker mit einer Zeremonie voller Spiritualität und Erinnerung in der Gemeinde Camotán, Chiquimula, 141 Kilometer von Guatemala-Stadt entfernt.

Unter strahlender Sonne versammelten sich Delegationen der indigenen Völker Guatemalas vor dem Altar des heiligen Feuers, um ihren Grossvätern und Grossmüttern zu danken, ihr Bekenntnis zur Erde zu erneuern und ihre Einheit im Kampf für das Gemeinwohl zu bekräftigen.

Das Volk der Maya Ch'orti', Gastgeber*in des Treffens, leitete die Zeremonie, die den Abschluss von drei Tagen des Austauschs, der Reflexion und der Feier des Lebens bildete. Während der Tagung, die von der Koordinierungsstelle der Vereinigungen und Gemeinschaften für die integrale Entwicklung der Region Ch'orti' (COMUNDICH) und dem Ausschuss für Gemeindeland (MTC) einberufen worden war, reflektierten die Teilnehmenden über die Fortschritte und Herausforderungen bei der Wiederherstellung kollektiver Rechte, der Verteidigung der Ökosysteme und der Selbstbestimmung der Territorien. Worte, Musik und Rituale waren die Sprachen, die das Treffen prägten und daran erinnerten, dass der Kampf um Land ein Kampf um Erinnerung ist.

Die Übergabe der Gemeinschaftstitel: Symbol für Widerstand und Kontinuität

Einer der bedeutendsten Momente war die Übergabe der Gemeinschaftstitel für Land an Gemeinden im Gebiet der Maya Ch'orti'. Die Gemeinde Morola im Landkreis Camotán erhielt ihren Titel als traditionelle Gemeinschaft aus den Händen der traditionellen Autoritäten von Palín. Sie überreichten zugleich eine brennende Kerze als Symbol für die Kontinuität des Kampfes und das Licht, das die Völker leitet. Die Übergabe der Kerze erfolgte durch das Volk der Poqomam als Geste der Brüderlichkeit und gegenseitigen Anerkennung zwischen den Völkern. In diesem Sinne erhielten weitere Gemeinden Titel für ihre Gemeindegebiete: z.B. die Maya Ch'orti'-Behörden von Olopa ihren Gemeinschaftstitel aus den Händen der traditionellen Behörden von La Unión, Zacapa, und bekräftigten damit ihr Engagement für die Verteidigung ihres Territoriums. Ebenso die Gemeinden von Quetzaltepeque aus den Händen der Autoritäten von Chuarrancho. Die Zeremonie wurde vom Klang der Trommel und der Flöte begleitet, Instrumenten, die den Rhythmus einer Feier bestimmten, die Vergangenheit und Gegenwart verbindet.

Treffen der Völker: Stimmen für die Verteidigung des Lebens und der Erde

Das VI. Nationale Treffen der indigenen Völker fand vom 18. bis 20. Oktober 2025 unter Beteiligung von Delegationen aus dem ganzen Land statt. Aus den Gebieten im Westen, Osten, Norden und Süden tauschten die Gemeinden ihre Erfahrungen bei der Verteidigung des Wassers, der Wälder, der Ernährungssouveränität und der Rechte aus.

Die Tagung bot auch Raum für den Dialog zwischen den Generationen und die Stärkung der Beziehungen zwischen den Völkern, wobei betont wurde, dass der Kampf um das Land nicht nur ein politischer, sondern auch ein spiritueller und kultureller Kampf ist.

Während des Treffens spielte die Gruppe Natividad aus Esquipulas, La Unión, Zacapa, Kompositionen, die den Kämpfen zur Verteidigung des Territoriums gewidmet waren. Ihre Musik begleitete die Übergabeceremonien und Begegnungen und erinnerte an die lebendige Geschichte der Völker, die sich weiterhin gegen die Enteignung und gegen den lebensbedrohlichen Rohstoffabbau wehren.

Das lebendige Wort der Völker

Der Abschluss des Treffens war geprägt von einer gemeinsamen Botschaft: Die Einheit der Völker ist der Weg, um Leben und Würde zu erhalten. Die traditionellen Autoritäten erinnerten daran, dass die kommunalen Eigentumsurkunden mehr als nur rechtliche Dokumente sind: Sie sind die Bekräftigung einer Geschichte, die sich weigert, ausgelöscht zu werden. Von Camotán aus riefen die indigenen Stimmen dazu auf, die Flamme des Engagements und der Hoffnung weiter brennen zu lassen und die Kraft ihrer Grossmütter und Grossväter an die neuen Generationen weiterzugeben. So endete das Sechste Nationale Treffen der Indigenen Völker und liess die Flamme des Widerstands weiterbrennen, die in jeder Gemeinde, auf jedem Altar und in jedem Gebiet, das sein Recht auf Existenz von Grund auf verteidigt, weiterlebt. (Prensa Comunitaria)

Eine (neo-)liberale Sicht auf Energieprojekte: Interview mit einer ex-Ministerin

Guatemala, 21. Oktober - Wenn Gruppen innerhalb einer Gemeinde die Umsetzung bereits genehmigter Energieprojekte verhindern, sollte der Staat nicht die gesamte Verantwortung für die Realisierung des Projekts auf den privaten Projektentwickler abwälzen. Dies ist eines der Anliegen, über die die ehemalige Ministerin für Energie und Bergbau (2007-2008, unter Präsident Berger) und ex-Präsidentin der Nationalen Elektrizitätskommission (CNEE) (2012-2016), Carmen Urizar, mit Prensa Libre sprach. Das Gespräch fand im Zusammenhang mit den noch ausstehenden Projekten der Ausschreibung für Energieprojekte PEG-4 (ab 2022) und im Vorfeld der Ausschreibungen von PEG-5 statt, wobei letztere aufgrund ihres enormen Umfangs ein aussergewöhnliches Vertragspaket ist. (...) Hier ein Auszug aus dem Gespräch.

Wie sehen Sie den Fortschritt der im Rahmen der PEG-4 vergebenen Projekte und deren Herausforderungen?

Die letzte, die PEG-4, war eine relativ kleine Ausschreibung – könnte man sagen: 235 MW. Sicherlich wurden erneuerbare Energien bevorzugt, was sehr gut war. Aber wir haben gesehen, dass erneuerbare Energien in den letzten Jahren vor grossen Herausforderungen stehen, vor allem sozialer Natur. Ich erinnere mich, dass in der Vergangenheit im Elektrizitätssektor viel über operative, technische oder finanzielle Risiken gesprochen wurde... Risiken, die leicht gelöst werden konnten, nicht nur mit Finanzmitteln, sondern auch mit Wissen.

Heute jedoch halte ich die Risiken der erneuerbaren Energien für besorgniserregend, da sie sich zunehmend auf soziale, gemeinschaftliche und ökologische Risiken konzentrieren. Diese Risiken lassen sich weder von den Behörden noch von den Projekten selbst so einfach bewältigen und erfordern vielmehr gemeinsame Massnahmen. Es handelt sich nicht um Risiken, die nur von der öffentlichen Seite – also der Regierung – angegangen werden sollten, und sie können auch nicht ausschließlich von den Projektentwicklungsunternehmen angegangen werden.

Mehr noch, seit 2007, als ich im Ministerium für Energie und Bergbau tätig war – ich habe damals sogar das Vizeministerium für soziale Entwicklung gegründet – haben sich insbesondere die notwendigen Konsultationen mit den indigenen Gemeinden gemäss ILO-Abkommen 169, die wir als gut gemeint bezeichnen könnten, zu echten Hindernissen entwickelt. Denn es handelt sich um Konsultationen, die nicht nur darauf abzielen, die Themen zu identifizieren, mit denen sich die Projekte befassen müssen, sondern die eine Genehmigung durch die Gemeinden erfordert haben.

Welche weiteren Risiken sehen sie?

Ich glaube, dass es soziale, ökologische und gemeinschaftliche Risiken gibt, die auf eine neue Art und Weise angegangen werden müssen. Denn natürlich gibt es eine Regierungsbehörde im Land: das Vizeministerium für nachhaltige Entwicklung, das zum Ministerium für Energie und Bergbau gehört und für die gesamte öffentliche Politik zuständig ist. Das Umweltministerium natürlich auch, aber es gibt noch eine Reihe weiterer Instanzen.

Ich spreche hier zum Beispiel von den Rathäusern und Gemeinderäten, die eine sehr wichtige Rolle spielen, nicht nur als Verbündete, sondern auch als Vermittler bei vielen dieser Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien.

(...) Und natürlich auch die Gemeinschaft, in der viel Aufklärungsarbeit geleistet wurde, damit die Entwicklung der Projekte nicht durch Unwissenheit behindert wird.

Und zweifellos hat diese Verzögerung einen hohen Preis. Wenn wir sehen, dass die Strompreise steigen, dann liegt das genau daran, dass eine Reihe negativer Faktoren zusammengekommen sind, die die Umsetzung dieser neuen Projekte verzögert haben.

Auf Seiten der Exekutive ist es äusserst wichtig, dass die Energie- und Umweltbehörden Hand in Hand arbeiten. Und das ist nichts Neues. Tatsächlich wurden seit 2007, als ich Ministerin war – damals zusammen mit der Umweltministerin, die zu dieser Zeit für dieses Ressort zuständig war – Anstrengungen unternommen, um eine zentrale Anlaufstelle einzurichten, um die Verfahren zu vereinfachen.

Wie bei vielen anderen Themen im Land gibt es jedoch Fortschritte und Rückschläge. Und wir wissen, dass die Bürokratie in unserem Land leider eine umfassende und übergreifende Herausforderung ist, und ich glaube, dass dies auch weiterhin so bleiben wird. Ich denke, dass dies ein Punkt ist, unter dem die Projektentwickler noch immer leiden, und ich glaube, dass man sich mehr Flexibilität wünschen würde.

Nun muss man aber verstehen, dass die Umwelt ein übergreifendes Ressort ist und es daher natürlich eine Bürokratie gibt, die für alle Aktivitäten im Land eingehalten werden muss. Wenn die Energieziele zum einen eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität unserer Wirtschaft und zum zweiten niedrige Strompreise für alle sein soll, dann müssen wir über eine zentrale Anlaufstelle nachdenken, die nicht nur die Geschwindigkeit der Verfahren, sondern auch die Anzahl der durchzuführenden Verfahren beschleunigt und vereinfacht.

Sie haben die Rolle der Gemeinden und die Genehmigungen erwähnt. Wie beurteilen Sie derzeit das Verfahren zur Erlangung von Baugenehmigungen für diese Projekte?

Ich glaube, dass es eine permanente Diskussion über diese berühmte kommunale Autonomie gab, die aus dem Gemeindegesetz stammt und den Gemeinde-Behörden offensichtlich Autonomie gegeben hat, um nicht nur Projekte zu genehmigen, die sie gemäss ihrer Entwicklungspläne als vorrangig erachten. Aber ich habe immer – als ich Ministerin war – gesagt: „Nun, die kommunale Autonomie ist eine Sache, und die nationalen Ziele sind eine andere.“

Ich halte es für wichtig, die kommunale Autonomie zu respektieren, aber sie ist den nationalen Zielen untergeordnet, die erfüllt werden müssen. Und diese Ganzheitlichkeit bedeutet, dass alle dasselbe Ziel verfolgen müssen. Manchmal gibt es viele Genehmigungen, die sich extrem verzögern. In einigen Gemeinden gibt es auch Ermessensspielräume.

Die müssen sich aber erweitern, wenn (...) wir umsetzen wollen, dass alle im Land Strom haben, und zwar zuverlässig... Und zuverlässig bedeutet 24 Stunden am Tag, ohne Stromausfälle. (...) Denn keine Fabrik wird sich beispielsweise im Landesinneren ansiedeln, wenn es dort vierstündige Stromausfälle gibt und die Stromqualität schlecht ist.

Es liegt also in unser aller Interesse, dass wir über zuverlässige Energie verfügen und dass deren Versorgung für das Land erschwinglich ist. Heute sehen wir, dass das Ministerium die Elektrifizierung des ländlichen Raums als nationales Ziel verfolgt. Das hängt jedoch davon ab, dass die Projekte realisiert werden können, dass der Zugang einfach ist, dass die Gemeinden die Umsetzung der Projekte zulassen und dass sie den Aufbau der Übertragungs- und Verteilungsinfrastrukturen ermöglichen. Es handelt sich also um ein ganzheitliches Thema. Man sollte nicht nur davon sprechen, wie wünschenswert erneuerbare Energien sind und dass wir die Diversifizierung des Energiemixes vorantreiben müssen.

Was halten Sie angesichts der Unkenntnis und des Mangels an Informationen für notwendig, um zu verhindern, dass dieser Faktor bei der Erteilung einer Baugenehmigung ausschlaggebend ist?

Was das Thema Information angeht, so glaube ich, dass sowohl die Behörden als auch die Bauträger seit vielen Jahrzehnten verstanden haben, dass dies Teil der Projekte sein muss. Das Energieministerium hat deshalb ein Vizeministerium für soziale Entwicklung, weil der Transfer von Wissen und Informationen Teil seiner Arbeit ist.

Wenn wir uns das Umweltministerium ansehen: Sie wissen ja, dass für die Genehmigung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) auch erforderlich ist, dass die Bauträger den Gemeinden und den Bewohner*innen des Ortes, an dem das Projekt durchgeführt werden soll, Informationen zur Verfügung gestellt haben.

Auch die Gemeinden leisten ihren Beitrag. Das heisst, alles, was heute unter das Thema der sozialen Verantwortung von Unternehmen fällt, ist Teil dessen, was die Verbände und Behörden heute wissen, dass sie entwickeln müssen, wenn sie von der Gemeinschaft gut aufgenommen werden wollen. Mehr noch, heute hört man viele Projektentwickler von der Politik der guten Nachbarschaft sprechen. Wenn man ein Projekt entwickeln will, möchte man von den Nachbar*innen gut aufgenommen werden, und das bedeutet, Informationen zu geben. Und ich glaube, dass sowohl die Behörden als auch die Entwickler heute einen Plan haben, eine Art und Weise, wie sie vorgehen und Informationen geben müssen, die dauerhaft sein muss. Das darf nicht nur während der Entwicklung des Projekts geschehen. Denn ein Projekt hat verschiedene Phasen: von der ersten Planung über den Bau bis hin zum Betrieb und schliesslich zum Rückbau. (...)

Dennoch lässt sich in der Praxis manchmal beobachten, dass Gemeinden leider auch von Interessengruppen mit anderen Zielen beeinflusst werden. Zielen, von denen diese Gruppen profitieren. Heute ist es nicht mehr nur wichtig, über Finanzmittel und das technische Know-how zur Entwicklung einer bestimmten Technologie zu verfügen, sondern auch über Fachleute aus den Bereichen Soziologie und Gemeinschaft, die in der Lage sind, einen Dialog zu führen und diese Informationen weiterzugeben. Aber wir müssen sehr klug vorgehen, um jene Gruppen zu identifizieren, die manchmal die Gemeinschaft manipulieren. Und genau hier glaube ich, dass wir der Gemeinschaft klar machen müssen, dass dies keine legitimen Ziele sind, die das Land fördern sollte. Der Diebstahl von Energie und all diese für den Sektor so negativen Themen müssen verschwinden. Dazu gehört auch, dass die Gemeinschaft versteht, dass die Gruppen, die all dies befürworten, nicht legal sind und dass es sich nicht um Ziele handelt, die langfristig zu einer Verbesserung der Lage des Landes führen werden.

Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass Verträge gekündigt werden, bevor sie umgesetzt werden? Welches Bild vermittelt Guatemala im Fall von Río Hondo 2?

Im Falle dieses Projekts gab es im Wesentlichen soziale Gründe, die zu Problemen bei der Umsetzung geführt haben: Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass jedes Projekt, das scheitert, egal ob es sich um Río Hondo oder ein anderes handelt, weder international noch national eine gute Nachricht ist. Als Land und als Guatemalte*innen sollten wir sogar traurig sein, denn es handelt sich um risikobehaftete Investitionen, Investitionen, mit denen versucht wurde, Projekte zu entwickeln, um genau die Bedürfnisse zu erfüllen, die das Land durch seine Energiepolitik festgelegt hat, damit

wir alle Strom haben. (...) Gerade weil es schlechte Nachrichten sind, möchte meiner Meinung nach niemand von uns, dass sich so etwas wiederholt.

Hier ist Rechtssicherheit äusserst wichtig. Hervorzuheben ist, dass Guatemala in seinem Elektrizitätssektor tatsächlich einen recht entwickelten Sektor hat, der Rechtssicherheit gefördert hat, der versucht, vorausschauend zu handeln und klare Regeln zu schaffen.

Meiner Ansicht nach müssen wir uns angesichts dieser Probleme (...) mit den Ursachen befassen: den sozialen, lokalen und kommunalen Herausforderungen, über die wir gesprochen haben. Genau hier befindet sich meiner Meinung nach die PEG-5 derzeit in einer Phase der Neuausrichtung.

Ich halte es aus der Sicht der Bauträger, der Behörden und auch des Landes insgesamt für ungut, dass Projekte aus den von uns diskutierten Gründen eingestellt werden.

Wenn ein Projekt wirklich in Angriff genommen wird, dann geht es meines Erachtens darum, dass es auch umgesetzt wird, denn wenn ein Projekt Realität wird, geht es uns allen besser: Es wird Energie geben, bezahlbare Energie. Und das ist wirklich das grosse Ziel, das das Land seit 2007 mit den von ihm entwickelten energiepolitischen Maßnahmen zu verfolgen versucht.

Welche Risiken bestehen, wenn die PEG-4-Verträge nicht innerhalb der festgelegten Fristen erfüllt werden können?

Das grösste Risiko besteht darin, dass sich der Energiebedarf für PEG-5 weiter erhöht. Wir haben darüber gesprochen, dass PEG-5 die umfangreichste Ausschreibung ist, die das Land jemals durchgeführt hat, und das hat mehrere Gründe. Einerseits laufen ältere Verträge aus, die ersetzt werden müssen. Ausserdem gab es zwischen PEG-3 und PEG-4 einen sehr langen Zeitraum, in dem das Land keine Ausschreibungen durchgeführt hat. Daher hat sich der Bedarf angesammelt.

Wenn wir das Land als Unternehmen betrachten, dann muss man, wenn jemand in einem Unternehmen vergisst, Einkäufe zu tätigen, Notfallkäufe tätigen. Und das ist sehr negativ, denn man kauft nicht mit dem Kopf, sondern manchmal muss man mit dem Herzen kaufen, weil man die Nachfrage schnell befriedigen muss. Und manchmal ist das, was verfügbar ist, nicht das, was man sich vorgestellt hat.

Das ist es, was die Verzögerungen bei verschiedenen Projekten der PEG-4 für uns verursachen können: das Risiko, dass in der PEG-5 ein grösserer Bedarf besteht und wir nicht unbedingt das kaufen können, was das Land vorgesehen hatte.

Welche Massnahmen müssen ergriffen werden, um diesen Herausforderungen zu begegnen, und wer ist dafür zuständig?

Die Herausforderungen konzentrieren sich im Wesentlichen auf soziale Themen. Das heisst, wir müssen dafür sorgen, dass die Gemeinden sich nicht gegen die Projekte wehren. Und das bedeutet, dass sowohl die Energie- und Umweltbehörden als auch die Entwickler ihre Informationsbemühungen verstärken müssen.

Es gibt jedoch auch Themen, die konkrete Entscheidungen erfordern, wie beispielsweise die Formalitäten. Hier gibt es meiner Meinung nach noch viel zu tun, sowohl seitens des Energieministeriums in Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium als auch seitens anderer Behörden. Denn wenn wir über Umwelt sprechen, sprechen wir auch über andere Institutionen, die zu diesem Ressort gehören oder damit verbunden sind, wie der Rat für Naturschutzgebiete (CONAP) oder das Nationale Institut für Waldangelegenheiten (INAB).

Ein weiteres Thema ist beispielsweise die Steuerbehörde SAT. Was Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien angeht, so haben wir in Guatemala das Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien, das auf Steueranreizen basiert, die von der SAT genehmigt werden müssen. Auch hier muss geprüft werden, ob etwas getan werden kann, z.B. Fristen verkürzt werden können. All diese Institutionen und Ministerien muss ein Projekt durchlaufen.

Das ist nicht nur eine Herausforderung für Minister*innen, sondern für viele weitere Akteur*innen. Aber ich wiederhole: Wenn das Kabinett ein nationales Ziel vorgibt, muss es ganzheitliche Entscheidungen, Koordination und vor allem Engagement geben. Wenn die Ziele erreicht werden sollen, muss daran gearbeitet werden, dass alle ähnliche Entscheidungen treffen. Wenn jemand vorangeht und andere zurückbleiben, dann geraten die Dinge wirklich ins Stocken.

Der aktuelle Energieminister mag vielleicht sehr engagiert und agil sein, aber eine andere Person oder Instanz hat vielleicht keine klare Vorstellung davon. Ich glaube also, dass es ganzheitlich sein muss; man muss aus vielen Blickwinkeln daran arbeiten. Eine öffentlich-private Koordination ist von grundlegender Bedeutung, und der Dreh- und Angelpunkt, der dafür sorgt, dass alle an einem Strang ziehen. Ebenso das gemeinsame Verständnis, dass es sich um ein nationales Ziel handelt. Es ist dann mehr als eine sektorale Politik, sondern etwas, das für alle wünschenswert ist. Und hier genügt es, sich anzuschauen, was in der Verfassung steht: Dort ist festgelegt, dass Elektrizität von nationalem Nutzen ist, dass sie ein Menschenrecht ist. (Prensa Libre)

Auf dem Weg zur Präsidentschaft: Die neue Partei SERVIR von Carlos Pineda

Guatemala, 19. Oktober - *Bis zu seinem zwangsweise Ausscheiden aus dem Präsidentschaftsrennen war er 2023 in Umfragen überraschend hoch im Kurs der Wähler*innen: Carlos Pineda. Nun bereitet er sich auf sein Comeback vor:* Die politische Partei SERVIR hielt am 18. Oktober ihre nationale Versammlung in der Hauptstadt ab, bei der Carlos Pineda mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen offiziell zum Generalsekretär ernannt wurde.

An der Veranstaltung nahmen Vertreter*innen dieser politischen Gruppierung aus dem ganzen Land teil, da auch die Sekretär*innen der Departements gewählt wurden. In Bezug auf die Aufnahme mehrerer Mitglieder seiner Familie in

das interne Schiedsgericht und den Exekutivausschuss erklärte Pineda, dass er dies getan habe, um internen Verrat zu vermeiden, wie es seiner Aussage nach bei den letzten Wahlen geschehen sei. Er stellte klar, dass es sich nicht um Vetternwirtschaft handele, da niemand von ihnen ein öffentliches Amt anstreben werde.

SERVIR ist in den sozialen Netzwerken durch das Image von Carlos Pineda präsent, der 2023 mit der Partei Prosperidad Ciudadana für das Präsidentenamt kandidierte. Rechtliche Probleme dieser Gruppierung führten damals zur Annullierung der Registrierung von Pineda und seiner Kandidatur bei den letzten allgemeinen Wahlen. (Prensa Libre)

Nach dem Ausbruch von 20 Barrio 18-Mitgliedern: Neue Führungsriege im Innenministerium

Guatemala, 17. Oktober - Die Regierung Guatemalas gab am 17. Oktober, bekannt, dass Präsident Bernardo Arévalo Marco Antonio Villeda Sandoval zum Innenminister ernannt hat, nachdem Francisco Jiménez zurückgetreten war. „Der neue Innenminister verfügt über eine langjährige und anerkannte Erfahrung im öffentlichen Dienst sowie über ein bewährtes Engagement für Integrität, Gerechtigkeit und Korruptionsbekämpfung – grundlegende Eigenschaften, um die Ziele zu erreichen, die sich die Regierung der Republik in Bezug auf die Stärkung der Institutionen und die wirksame Bekämpfung von Kriminalität und Straflosigkeit gesetzt hat“, erklärte die Regierung. Laut der Erklärung „dankt Arévalo Herrn Villeda Sandoval dafür, dass er diese wichtige Verantwortung in dieser für unser Land schwierigen Zeit übernimmt, und vertraut voll und ganz auf seine Fähigkeit, die Herausforderungen seiner neuen Aufgabe zu meistern“. Nach Angaben der Exekutive „wird die Führungsrolle von Minister Villeda Sandoval entscheidend sein, um die tiefgreifende Transformation voranzutreiben, die das Innenministerium (MINGOB) benötigt, um den dringenden Forderungen der guatemaltekischen Bevölkerung nach Gerechtigkeit, Sicherheit und Wohlstand gerecht zu werden“.

Zwei neue stellvertretende Minister im Innenministerium

Er fügte hinzu, dass Villeda Sandoval und Präsident Bernardo Arévalo vereinbart hätten, Estuardo Roberto Solórzano zum stellvertretenden Sicherheitsminister und Víctor Cruz zum stellvertretenden Minister für Drogenbekämpfung zu ernennen. „Diese Ernennung wird wirksam, sobald die entsprechenden Formalitäten abgeschlossen sind, damit Herr Villeda Sandoval sein derzeitiges Amt innerhalb der Justizbehörde niederlegen kann“, fügte die Mitteilung hinzu. „Wir sind dabei, den Sicherheitsapparat grundlegend zu reformieren. Ich bin fest davon überzeugt, dass das neue Team des MINGOB der Aufgabe, dem guatemaltekischen Volk Sicherheit und Gerechtigkeit zu bieten, gerecht werden wird“, erklärte Arévalo auf X.

Ausgelöst wurde der Umbau im Innenministerium durch eine politischen Krise infolge eines Gefängnisausbruchs. Am 12. Oktober teilte das Strafvollzugssystem (SP) mit, dass 20 Häftlinge der Gang Barrio 18 aus dem Gefängnis Fraijanes 2 geflohen seien. Die Flucht dieser gefährlichen Häftlinge deckte die Sicherheitsmängel in den Gefängnissen auf und löste Reaktionen verschiedener Akteur*innen aus, die die Regierung zur Wiederergriffung der Flüchtigen aufforderten. Am 15. Oktober gab der Präsident bekannt, dass der Innenminister Francisco Jiménez von seinem Amt zurückgetreten sei. (Prensa Libre)

Nachtrag der Redaktion: Einer der Ausgebrochenen ist am 20.10. in Escuintla wieder festgenommen worden.

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle Abonnent*innen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6